Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg 2c.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

Siebenundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint wöchentlich sechsmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 482. Halle a. d. Saale, Freitag den 13. Oktober **1893.**

Deutsches Reich.

Eine Unterredung mit dem russischen Finanzminister Witte.

Der Herausgeber der „Zukunft", Herr Maximilian Harden, ist kürzlich nach Petersburg gereist und hat dort eine Unterredung mit dem russischen Finanzminister Witte gehabt, über die er in der neuesten Nummer seines Journals berichtet. Wir entnehmen aus der Unterhaltung, soweit sie sich auf den deutsch-russischen Zollkrieg bezieht, das Nachstehende. Finanzminister Witte ging auf das interessante Thema zunächst wie folgt ein:

Wir haben ungefähr — amtliche Statistiken darüber giebt es bei uns nicht — 120 Millionen Menschen in Rußland. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage: Höchstens fünf Millionen davon wissen überhaupt, was vorgeht, und spüren irgend eine Veränderung in ihren Lebensverhältnissen. Die übrigen 115 Millionen merken nicht das geringste; unser Bauer verkauft sein Getreide nicht, er ißt es selbst auf, und wenn er einmal hinzukaufen muß, dann kann ihm ein billiger Getreidepreis nur erwünscht sein. Daß die Industriellen und die Kaufleute zufrieden sind, wissen Sie sogar aus Ihren Zeitungen. Es leiden also thatsächlich nur einige Grundbesitzer. So schlimm, wie es gemacht wird, sieht es also auch bei unseren Grundbesitzern nicht aus. Aber ich leugne gewiß nicht die Schädigung, nur muß man nicht sehr schlau nachrechnen wollen, wer von beiden den größern Schaden hat; Schaden haben beide; aber der Vergleich ist so müßig wie etwa der Versuch, zwei Aepfel und zwei Birnen zu addiren oder darüber zu grübeln, was denn wohl schlimmer ist: ein gebrochener Arm oder ein gebrochenes Bein. Ebenso unklug ist das Bemühen, die berechtigten Klagen zum Schweigen zu bringen; viele halten das für patriotisch, ich finde es einfach thöricht: denn wir wissen ganz genau, wie es in Deutschland aussieht, und ich bin überzeugt, daß auch Ihre Regierung über unsere Verhältnisse sehr gut unterrichtet ist. Da hat das Vertuschen und Färben gar keinen Zweck; wir müssen unsere Karten offen auf den Tisch legen und uns ehrlich bemühen, zu einem für beide Theile erträglichen Verhältniß zu kommen. Dieses Bemühen ist bei Ihrer Regierung so gut wie bei uns vorhanden und die Presse sollte besseres zu thun haben als emsig nur bei dem Gegner die empfangenen Wunden zu zählen.

Es sind auf beiden Seiten keine irgendwie lebensgefährlichen Wunden. Wir exportiren von unserem Roggen etwa 1/10; davon geht die Hälfte nach Deutschland und es ist sicher sehr unangenehm, wenn uns dieser Markt versperrt ist. Aber es giebt noch andere Absatzgebiete, es giebt die Möglichkeit, unseren Roggenbau einzuschränken und dafür — aber ich will davon nicht sprechen, weil ich zuversichtlich auf den Frieden hoffe — und es ist lächerlich, von einer Gefahr für Rußland zu erzählen. Allenfalls eine Gefahr für einige Grundbesitzer, und auch die würde in einigen Jahren überwunden sein. Rußland bleibt Rußland, mit oder ohne Handelsvertrag, genau wie Deutschland stets das große und starke Reich bleibt, auch wenn es mit uns im Zollkriege lebt. Ich glaube, daß mindestens zwei Provinzen und die meisten Seestädte bei Ihnen sehr leiden, daß einigen Industrien die jetzigen Schwierigkeiten außerst fühlbar sind, — und ein enormer Theil unseres Handels war bis jetzt in deutschen Händen.

Für mich ist die Frage überhaupt erst in zweiter Reihe eine ökonomische, in erster aber eine politische. Ich hatte vor einigen Tagen hier an der Lippe ein winziges Geschwür; es wäre albern gewesen, da von einer Gefahr zu reden; aber das Ding genirte mich doch und machte mich nervös. So ungefähr scheint mir's mit dem Zollkriege zu sein: keine Spur von einer Lebensgefahr für eines der beiden Länder, wie er auch enden möge; aber kommen wir nicht zu einem Frieden, dann bleibt auf beiden Seiten eine nervöse Verstimmung, ein Gefühl des Unbehagens zurück, das mir politisch für beide Völker sehr bedenklich erscheint."

Auf den Vorhalt, daß die deutschen Landwirthe die Herabsetzung der Getreidezölle nach der russischen Seite für verderblich hielten, bemerkte Herr Witte:

„Ich halte diese Ansicht nicht für richtig. Ungern nur gehe ich auf die inneren Verhältnisse Deutschlands ein, in die ich mich nicht zu mischen habe, aber für einen Augenblick muß ich es noch thun, da Sie mir von diesem Bedenken gesprochen haben. Ich habe jahrelang Getreideantäufe für die Eisenbahn besorgt und weiß mit den Preisverhältnissen Bescheid. Gewiß und über allen Zweifel erhaben erscheint mir nur Eines: die deutschen Agrarier werden durch eine Verallgemeinerung des Konventionaltarifs nicht den allergeringsten Schaden haben — bitte: wirklich nicht den allergeringsten. Ist eine Schädigung da, — worüber ich immer nicht urtheile — dann stammt sie von den früheren Handelsverträgen; damals hat man die Zollschranken erniedrigt und die Möglichkeit der Getreideausfuhr erleichtert. Ich begreife vollkommen, daß Ihre Landwirthe, deren Interessen ich gewiß respektire, besorgt sind; aber ich begreife nicht, was sie von dem Vertrage mit uns fürchten können. Von den dreizehn Löchern in einem Glase hat man zwölf geöffnet; ob man das dreizehnte nun verstopft hält oder nicht: das Glas wird gefüllt — das fremde Getreide kommt auf den deutschen Markt. Darüber kann kein einsichtiger Landwirth sich täuschen, am wenigsten aber ein Mann wie Fürst Bismarck; und wenn er trotzdem, wie man behauptet, ein Gegner jedes Vertrages sein sollte, der uns die Gleichberechtigung gewährt, dann müßte ich allerdings annehmen, daß er dabei zunächst den Wunsch hat, die Regierung, die die Bahnen nach seiner Wirthschaftspolitik verlassen hat, zum offenen Eingeständniß eines nach seiner Meinung von ihr begangenen Fehlers zu bringen.

Deutschland hat seinen früheren Tarif, auf den wir uns eingerichtet haben, beraubgesetzt. Das ist sein gutes Recht und wir würden uns auch noch einmal beklagt haben, wenn nur Oesterreich und Italien, mit denen ein politisches Bündniß besteht, Erleichterungen gewährt worden wären. Ich könnte das begreifen und würde kein Wort dagegen gesagt haben. Aber die Balkanländer, aber die Vereinigten Staaten und Indien, die ohne jede Konzession den neuen Konventionaltarif erhalten haben? Warum die und nicht wir? Jeder Unbefangene muß doch unsere Lage und Stimmung begreifen. Wir haben den ernsten und dringenden Wunsch, mit Deutschland in guten Beziehungen zu leben. Plötzlich aber sperrt man uns, uns ganz allein, den Markt, auf dem wir, ich wiederhole es, doch nur mit anderen Fremden konkurriren wollen. Das indische, das amerikanische, das rumänische und bulgarische Getreide soll billiger als unseres sein, der Markt soll uns, wie ein Theil Ihrer Presse — nicht Ihre Regierung wohl — wünscht, ganz verschlossen bleiben. Mußten wir da nicht zu den verfügbaren Repressalien greifen? Und habe ich nicht recht, wenn ich sage, daß die politische Seite der Sache viel wichtiger als die ökonomische noch ist? Es ist einfach für ein großes Land unerträglich, daß es von einer befreundeten Nation plötzlich schlechter als alle anderen behandelt werden soll. Und ich bin mir unseres guten Rechtes so bewußt, daß ich bereit wäre, sofort den deutschen Kaiser als Schiedsrichter in dieser Frage anzunehmen; ich bin überzeugt, daß er, wenn er erst Herrn von Caprivi und dann mich — oder auch umgekehrt — angehört hätte, für meine sachliche Darstellung sich entscheiden würde.

Also: Ich hoffe, daß eine Einigung möglich ist, wenn man sich in Deutschland entschließt, uns das gleiche Recht wie den übrigen Völkern zu gewähren und uns auch fernerhin als eine benachbarte und befreundete Nation zu behandeln, die ihre Zuverlässigkeit und ihre gute Gesinnung in kritischen Zeiten bewährt hat."

„Und darf man auch heute, in den Tagen von Toulon, noch an die Zuverlässigkeit dieser Gesinnung glauben?"

„Unbedingt. Ich weiß, man erzählt bei Ihnen oft von einer Panslavisten- und Kriegspartei. Wir wünschen aufrichtig ein gutes Verhältniß zum Deutschen Reich. Nur ein Wahnsinniger oder ein Abenteurer à la Napoleon, der eigentlich nichts zu verlieren hat, kann heute, wo wir alle im Innern so viel zu thun haben und wo die Folgen jedes Krieges unübersehbar sind, an eine agressive Politik denken. Bei uns denkt kein ernsthafter Mensch daran, und so lange wir vollends das Glück haben, einen Herrscher zu besitzen, der jeder Ungerechtigkeit und Ueberhebung aus dem Grunde seines Herzens abgeneigt ist und in dem ein außerordentlich hohes Gefühl seiner ernsten Verantwortlichkeit lebt, wird Rußland stets nur bestrebt sein, den Frieden zu bewahren. Sie sprechen von Frankreich? — Ja, sollen wir es nicht dankbar annehmen, wenn eine große Nation — und das sind die Franzosen, was man auch über manche Vorgänge dort denken mag — uns ihre Freundschaft anbietet? Irgend eine agressive Spitze giebt es da nicht. Kommt es im Privatleben nicht auch häufig vor, daß jemand zwei Freunde hat, die unter einander verfeindet sind? Warum sollen wir nicht mit Frankreich und Deutschland zugleich gute Beziehungen unterhalten? Wir wünschen uns gar nichts Anderes."

Termin für die Reichstagseröffnung.

Als Tag der Reichstagseröffnung hört man, der „Nat.-Lib. Korr." zufolge, jetzt den 21. Nov. nennen. Der Reichshaushalt und die Steuergesetzentwürfe werden dem Reichstage alsbald nach der Eröffnung zugehen. Die ersten Lesungen dieser Vorlagen werden die Zeit bis Weihnachten zum großen Theil in Anspruch nehmen, worauf alsdann der Schwerpunkt der Arbeiten in die Kommissionen fallen wird.

Zu den deutsch-russischen Verhandlungen.

Die Nachricht, daß der Zollbeirath für die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen noch in dieser Woche einberufen werden solle, scheint, wenigstens soweit die Sachverständigen aus Landwirthschaft, Industrie und Handel in Frage kommen, auf einem Irrthum zu beruhen. Vielleicht dürfte, wie „Berl. Pol. Nachr." meinen, in den nächsten Tagen der von diesen Sachverständigen eingesetzte Ausschuß einberufen werden, um sein Urtheil über verschiedene Tarifpositionen abzugeben. An einen Wiederzusammentritt des gesammten Zollbeiraths in dieser Woche, wie er am Ende des vorigen Monats im Reichstagsgebäude versammelt war, dürfte jedoch nicht gedacht sein.

Zur Tabakfabrikatsteuer.

Ueber den geplanten Steuersatz wird jetzt mitgetheilt, daß von der Tabaksteuerkommission dem Bundesrath vorgeschlagen worden sei, Cigarren und Cigaretten 33 1/3, Rauchtabak 66 2/3, Schnupftabak 50 Proz. des Fakturawerthes als Steuer aufzulegen. Der Zoll auf Tabaksfabrikate wird erhöht: für Cigarren von 270 auf 400 M., für andere Fabrikate von 180 auf 250 M. Diese Mittheilung wird in der „Südd. Tabakztg." gemacht, welche gleichzeitig behauptet, daß sie ihre Wissenschaft von dem Mitgliede einer bundesstaatlichen Regierung empfangen habe.

Schonung des Gewerbebetriebes.

Als Fürst Bismarck im Jahre 1882 dem Reichstage die Einführung des Tabakmonopols in Vorschlag brachte, scheiterte die Verwirklichung dieses „letzten Ideals" des ersten Reichskanzlers an der Abneigung fast des gesammten Reichstags, die blühende deutsche Tabakindustrie zu vernichten und obendrein durch die den Industriellen und deren Arbeitern zu zahlenden Entschädigungen das Reich mit einer Schuld zu belasten, deren Verzinsung den Ertrag des Monopols für absehbare Zeit erheblich herabdrücken würde. Selbst damals fiel es niemand ein, daß der Staat oder das Reich berechtigt sei, behufs Erzielung höherer Einnahmen eine einzelne Industrie ganz oder theilweise ohne Entschädigung zu expropriiren. Auch der gegenwärtige preußische Finanzminister war, als er im vorigen Sommer den Gedanken des Verbots des inländischen Tabakbaues anregte, um in der Besteuerung des alsdann ausschließlich zum Verbrauch gelangenden auswärtigen Tabaks freie Hand zu erhalten, keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß dieses Verbot ohne eine Entschädigung der Tabakpflanzer undurchführbar sein würde. Jetzt aber bei der Einführung der Fabrikatsteuer will man die Lahmlegung eines erheblichen Theiles der Industrie ganz unberücksichtigt lassen. Mit der Wendung, daß der Tabak mehr bluten müsse oder könne, ist es nicht gethan. Die Offiziösen haben neulich erst wieder angeführt, um wie viel höher der Ertrag der Tabaksteuer in anderen Ländern ist, als in Deutschland. Ja, in diesen Ländern ist das Monopol oder hohe Zölle unter Ausschluß des inländischen Tabakbaues zu einer Zeit eingeführt worden, wo die Tabakindustrie sich noch gar nicht entwickelt hatte. In Deutschland aber hat man heute mit einer Industrie zu thun, welche über 160,000 Arbeiter beschäftigt, und von der über eine Million Menschen leben. Welche Beschäftigung und welchen Erwerbszweig will man überdies in der Zeit einer schweren wirthschaftlichen Krisis denjenigen anweisen, die durch den Rückgang des Verbrauchs infolge der höheren Besteuerung brotlos werden? Unserer Ansicht nach hat der Staat bezw. das Reich die Pflicht, bei der Bemessung der Abgaben vom Verbrauch da inne zu halten, wo eine dauernde Verminderung des Verbrauches die bestehenden Gewerbe und Industrien in ihrem Bestande erschüttern würde.

Die Neue Agende und die Union.

Bei dem Bekanntwerden des Entwurfs zur Neuen Agende für die preußische Landeskirche ist alsbald darauf hingewiesen worden, daß der Bekenntnißzwang, welcher in dem Entwurf zum Ausdruck kommt, die Union, welche die einander vielfach widersprechenden Bekenntnißschriften der Lutheraner und Reformirten ihres normativen Charakters beraubt hat, ihrem Wesen nach zerstören und ihren Bestand untergraben werde. Wie berechtigt diese Mahnung war, geht daraus hervor, daß die reformirten Gemeinden der preußischen Union ihr geschichtliches Recht auf gleiche Berücksichtigung in dem Agendenentwurf in solchem Maße bei Seite geschoben finden, daß sie z. T. schon jetzt mit aller Entschiedenheit erklärt haben, daß sie die Agende nicht bei sich aufnehmen würden. Auf der Rheinischen Provinzialsynode war es anfangs nur der Pfarrer der kleinen in der Nähe des Wupperthales gelegenen reformirten Gemeinde Heiligenhaus, der auf die Möglichkeit einer Ablehnung durch die reformirten Gemeinden hinwies und seinem Bedauern Ausdruck gab, daß nicht die Gemeindeorgane zur Begutachtung des Entwurfes aufgefordert worden seien vor den Verhandlungen auf den Synoden. Schließlich aber gaben auf der Synode die Vertreter der reformirten Gemeinden des Niederrheins die Erklärung ab, daß diese Gemeinden sich zu einer zwangsweisen Annahme des „schwarzen Buches" unter keinen Umständen verstehen würden. Möchte das Kirchenregiment verstehen, was diese Vorzeichen bedeuten, — es sind die ersten Flammen eines Agendenstreits, der die ganze Landeskirche in jahrelange Kämpfe stürzen wird, und den Bestand der bestehenden kirchlichen Formen aufs äußerste gefährdet.

Verschiedene Mittheilungen.

* Der Prozeß gegen den Sekondelieutenant Hofmeister im 18. bayerischen Infanterie-Regiment hat, wie bereits mitgetheilt, mit der Freisprechung des Angeklagten geendet. Aber mit diesem Urtheilsspruch war die Angelegenheit für den angeklagten Sekondelieutenant noch nicht abgeschlossen. Trotz des freisprechenden Urtheils war vorauszusehen, daß seines Bleibens in der Armee nicht sein werde. Wirklich erhält das „Berl. Tagebl." aus Würzburg die Meldung, der zufolge der Lieutenant Hofmeister aus der Armee wegen Unfähigkeit für den Dienst entlassen wird. Die Armeeverwaltung nimmt als erwiesen an, daß der Angeklagte an Verfolgungswahnsinn leide. Wie nämlich nachträglich bekannt wird, ist das freisprechende Urtheil aus dem gleichen Grunde erfolgt. Die Militärgeschworenen verneinten sämmtliche an sie gerichteten Schuldfragen, indem sie vermuthlich durch den Verlauf der Verhandlungen und auf Grund der eingeholten Gutachten zu der Ueberzeugung gelangten, daß der Angeschuldigte durch eine krankhafte Störung seiner Geistesthätigkeit in seiner freien Willensbestimmung gehindert war, daß er daher vor dem Gesetze als unzurechnungsfähig anzusehen sei. Die ärztlichen Gutachten gingen in diesem Punkte ziemlich erheblich auseinander.

* Für den sozialdemokratischen Parteitag in Köln veröffentlicht der „Vorwärts" bereits eine Reihe der dazu eingegangenen Anträge. Es sind wieder eine sehr große Anzahl und darunter viele Anträge prinzipieller Natur. Zum Parteiprogramm liegen mehrere Anträge vor, welche den Passus „Religion ist Privatsache" streichen und dafür einen mehr oder weniger gegen die Religion gerichteten Passus aufnehmen wollen. Eine größere Angahl von Anträgen bezieht sich auf die Berufung des Parteitages. Darunter befinden sich Anträge, die Parteitage nur alle zwei Jahre zu berufen. Ein Antrag will einen dauernden Turnus der Mitglieder des Parteivorstandes einführen durch die Bestimmung, daß kein Parteigenosse demselben länger als 2 Jahre hintereinander angehören darf. Von Interesse ist ein Düsseldorfer Antrag, der eine Verminderung der parlamentarischen Thätigkeit der Fraktion und Beschränkung der Theilnahme an den Parlamentssitzungen auf nur einen Bruchtheil der Fraktion verlangt und sich ferner gegen den Personenkultus in der Partei wendet und fordert, daß das Anbringen von Bildnissen bekannter Parteipersönlichkeiten auf Waaren untersagt ward.

* Laut amtlicher Feststellung des durchschnittlichen Jahresverdienstes der erwachsenen landwirthschaftlichen Arbeiter, wie solche durch die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung vorgeschrieben ist, haben die niedrigsten Jahresverdienste — zwischen 200 und 300 M. — 44 schlesische, 13 ostpreußische und 10 westpreußische Kreise, das Herzogthum Koburg, sowie die Kreise Adenau (Hunsrück), Eckartsberga und Nordhausen aufzuweisen. Die östlichen Landkreise weisen zumeist einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 300 bis 360 M. auf. Im westlichen Deutschland beziffert sich der durchschnittliche Jahresverdienst erwachsener landwirthschaftlicher Arbeiter auf 370 bis 550 M., im Königreich Sachsen finden sich 420 bis 550 M., in den Provinzen Schleswig-Holstein 440 bis 650 M. In der Nähe größerer Industrie- und Handelsbezirke erreicht der Verdienst die Höhe von 600 bis 660 M., wie z. B. in vielen westfälischen Kreisen.

f. Am 3. Okt. d. J. fand in Berlin die erste Sitzung des engeren Ausschusses der vereinigten Versammlungen (Allgemeine deutsche Lehrerversammlung und Deutscher Lehrertag) statt. Es wurde beschlossen, die nächste Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung Pfingsten 1894 in Stuttgart abzuhalten.

* Die vom Reichs-Versicherungsamte auf das Jahr 1891 für die landwirthschaftlichen Betriebe veranstaltete Unfallstatistik giebt auch nähere Auskunft über die Schwere und die Folgen der Verletzungen, welche zu Entschädigungen geführt haben. Es hat sich dabei herausgestellt, daß von den Verletzten 11,23 Proz. infolge des Unfalles starben, 3,44 Proz. dauernd

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18931013025/fragment/page=0001

völlig erwerbsunfähig wurden, 45,73 Proz. dauernd theilweise und 36,60 Proz. bis zu 6 Monate erwerbsunfähig wurden. Bei der gewerblichen Unfallstatistik des Jahres 1887 ergab sich, daß von den Verletzten 18,51 Proz. infolge des Unfalles starben, 17,70 Proz. dauernd völlig, 50,88 Proz. dauernd theilweise und 12,91 Proz. vorübergehend erwerbsunfähig wurden. Daraus ließe sich die Folgerung herleiten, daß bei der Landwirthschaft die Schwere der Verletzungen geringer und die Beeinträchtigung der Erwerbsmäßigkeit auch weniger stark ist.

* Der Vorstand der „Deutschen Friedensgesellschaft" erläßt einen Aufruf zum Beitritt. Die Gesellschaft soll einen Vereinigungspunkt für alle bilden, denen es wünschenswerth erscheint, daß die auseinander angewiesenen Staaten sich durch Verträge verpflichten, alle unter ihnen entstehenden Streitigkeiten durch internationale Schiedsgerichte zu entscheiden.

* Die in unserer heutigen Morgen-Ausgabe wiedergegebene Mittheilung der „Kreuzztg.," daß es sich bei dem Streit im freisinnigen Lager auch um parteifinanzielle Dinge handele, wird von berufener Seite als „Erfindung" bezeichnet.

Die Wahlbewegung.

Im Wahlkreise Löwenberg-Bunzlau, der bisher durch Kompromiß von einem konservativen und einem nationalliberalen Abgeordneten vertreten war, sind die Konservativen in sehr illoyaler Weise vorgegangen, indem sie, eine Verständigung mit den Nationalliberalen ablehnend, zwei konservative Kandidaten aufgestellt haben, obwohl bei den jüngsten Reichstagswahlen die Nationalliberalen den Konservativen die uneigennützigste Unterstützung geleistet hatten. Ebenso herausfordernd ist das Verhalten der Konservativen im Wahlkreise Waldenburg, wo sie an Stelle des nationalliberalen Abgeordneten Simon die Kandidatur des Landraths von Lieres aufgestellt haben.

Ein merkwürdiger Zug in der gegenwärtigen Wahlbewegung ist das selbständige Hervortreten der Litthauer und der oberschlesischen Polen. Die ersteren waren seit langen Jahren bei politischen Wahlen nicht selbständig aufgetreten, jetzt haben sie in Memel und Tilsit eigene Kandidaten aufgestellt und mit den Freisinnigen Kompromisse geschlossen. Auch die oberschlesischen Polen, die bisher stets, wenn auch etwas widerwillig, dem Centrum Heeresfolge geleistet, haben sich jetzt offen von dieser Partei losgesagt und stellen in mehreren Wahlkreisen eigene Kandidaten auf. Dem Centrum könnte diese Bewegung mehrere Mandate kosten. Den bisherigen Vertretern wird der Vorwurf gemacht, daß sie sich der polnischen Interessen nicht genug annähmen. Das ist der Dank für den geradezu unwürdigen Eifer, mit dem das Centrum stets für alle möglichen polnischen Forderungen eingetreten ist.

Im Wahlkreise Grünberg-Freystadt, der bisher durch zwei Konservative vertreten war, haben die Freisinnigen und die Nationalliberalen sich geeinigt, je einen Freisinnigen und einen Nationalliberalen aufzustellen und einen gemeinsamen Wahlaufruf zu erlassen. Bei den letzten Wahlen stimmten die Nationalliberalen für die Konservativen.

Halle, 13. Okt. In einer gestern abend in den „Kaiserfälen" abgehaltenen sehr gut besuchten Versammlung nahm der „Verein der Liberalen" endgiltige Stellung zu der bevorstehenden Landtagswahl. Der Vorsitzende, Hr. Prof. Dr. Kohlschütter, erklärte, die von dem Nationalliberalen Verein in der „Saale-Ztg." veröffentlichten Briefe, welche wegen eines gemeinsamen Zusammengehens zwischen dem liberalen und nationalliberalen Wahlvereine gewechselt wurden, seien dieselben, welche in der Sitzung des Liberalen Vereins vor 8 Tagen zur Verlesung gelangten. Nur hat der Nationalliberale Verein einen Brief hinweggelassen, der wesentlich zur Beleuchtung der Sache dient. Als nämlich der Vorstand des Vereins der Liberalen auf den Brief vom 15. Sept. keine Antwort erhalten und dann am 22. Sept. eine mündliche Unterredung zwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalliberalen Vereins, Hrn. Rechtsanwalt Dr. Keil, und dem Redner (Prof. Dr. Kohlschütter) stattgefunden hatte, deren Wortlaut allerdings nicht schriftlich fixirt wurde, richtete letzterer folgendes Schreiben an den Nationalliberalen Verein:

„Durch die mündliche Mittheilung Ihres stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Rechtsanwalt Dr. Keil an unseren unterzeichneten Vorsitzenden am 22. d. M. sind wir davon in Kenntniß gesetzt, daß Sie, ehe Sie auf unsere Proposition bezüglich Zusammengehens bei der bevorstehenden Landtagswahl weiter beschließen, zu wissen wünschen, wen wir als Kandidaten vorschlagen. Wir dachten uns das Vorgehen so, daß wir bei der Reichstagswahl Delegirte beider Parteien zusammentreten und sich in gemeinsamer Berathung auf zwei Kandidaten, je einen aus Ihrer und einen aus unserer Partei, sich einigten, die dann den resp. Vereinen vorzuschlagen gewesen wären. In unserem Bedauern sehen wir, daß diese Auffassung Ihrerseits nicht getheilt wird, und fürchten, hierin ein Zeichen geringer Geneigtheit für unseren Vorschlag erblicken zu müssen. Um aber unsererseits nichts zu unterlassen, was zu dem erwünschten Ziele führen und ein gemeinsames Vorgehen aller Liberalen fördern kann, schlagen wir Ihnen nochmals vor, in einer Delegirten-Versammlung von je drei Mitgliedern jeder der beiden Parteien den Kandidaten Zug um Zug zu nennen und darüber zu verhandeln. Bei der Kürze der für die Vorbereitungen noch übrigen Zeit müssen wir um möglichste Beschleunigung Ihrer Antwort bitten und würden genöthigt sein, selbständig vorzugehen — und zwar, wie wir ausdrücklich erklären, ohne uns an irgend einen der in den bisherigen Vorbesprechungen erwähnten Punkte für gebunden zu erachten — falls uns dieselbe nicht bis zu unserer nächsten auf den Abend des 28. d. anberaumten Vorstandssitzung zugegangen sein sollte.

Hochachtungsvoll ergebenst
Der Vorstand
des liberalen Wahlvereins für Halle und den Saalkreis.
Dr. Kohlschütter."

Dieser Brief ist am 24. Sept. geschrieben und abends 7 Uhr desselben Tages von Hrn. Professor Dr. Kohlschütter in der Wohnung des Hrn. Rechtsanwalt Dr. Keil persönlich abgegeben. Daraufhin hat die Delegirtenkonferenz stattgefunden. In derselben wurde auf Befragen von den Nationalliberalen ausdrücklich bestätigt, daß gar nicht daran zu denken sei, über die Kandidatur Friedberg weiteres festzustellen; darüber lasse sich gar nicht verhandeln. Die Mittheilung, daß an Stelle des Hrn. Riecke Herr Stadtverordneter Schmidt zum Kandidaten der Liberalen bestimmt worden, ist von dem Vorsitzenden sofort nach Schluß der Sitzung geschrieben und der an „Herrn Rechtsanwalt Eise, Herrmannstraße 1" adressirte Brief noch am 5. nachts um 11½ Uhr persönlich in den Briefkasten gelegt, welcher morgens um 6¼ und 8 Uhr entleert wird. Wie es kommen konnte, daß dieser Brief erst nachmittags 2 Uhr in die Hände des Hrn. Rechtsanwalt Eise gelangte, ist unbegreiflich. Mehr als geschehen, konnte aber dan liberaler Seite nicht gethan werden. (Zustimmung.) Offenbar haben die Nationalliberalen unter sich über den Brief überhaupt nicht mehr verhandelt. Ueber diese geschehenen Dinge noch viel zu sprechen, erscheine jedoch überflüssig, jetzt habe der Liberale Verein nur noch zu entscheiden, was jetzt geschehen solle. — Es entspann sich nun eine kurze Diskussion, welche völlige Einmüthigkeit für ein selbständiges Eintreten in den Wahlkampf ergab, und demgemäß wurde denn auch einstimmig beschlossen, daß der Liberale Verein nach Ablehnung der Kompromißvorschläge durch die Nationalliberalen selbständig vorgeht und zwei Kandidaten aufstellt. Sodann wurde über die Kandidatenfrage verhandelt. Es wurde ausgeführt, daß die Kandidatur Riecke ursprünglich aufgestellt sei als „Gegengabe" gegen die Kandidatur Friedberg. Gegen Herrn Riecke hätten die Nationalliberalen lediglich ein geringfügiges persönliches Bedenken vorbringen können, nämlich, daß derselbe einmal in einer Rede stecken geblieben sei. Dagegen hätten die Liberalen gegen Prof. Friedberg gewichtige politische Bedenken gehabt. Thatsächlich müsse jeder liberale Mann einer Kandidatur Friedberg gegenüber seinem Herzen einen gewaltigen Stoß geben und nicht nur ein, sondern verschiedene Augen zudrücken, da Prof. Friedberg immer weiter nach rechts gerückt und jetzt nicht mehr liberal, auch kaum noch nationalliberal sei. Die Liberalen hätten auch gegen Friedberg den sachlichen Grund vorgebracht, daß derselbe nach dem Zustandekommen nationalliberaler Männer mit vollen Segeln in das Fahrwasser der Agrarier gegangen. Wenn trotzdem die Liberalen nicht auf der Kandidatur Riecke beharrten, so sei dies lediglich ein Zeugniß von dem großen Ernste, mit welchem man eine Vereinigung aller Liberalen um der Sache willen anstrebte. Die Versammlung proklamirte hierauf nach kurzen Besprechungen einstimmig als Kandidaten der vereinigten Liberalen für die bevorstehende Landtagswahl die Herren: Königl. Amtsgerichtsrath Riecke und Stärkefabrikant Stadtverordneter Karl Schmidt.

○ **Wittenberg**, 12. Okt. Bezüglich der Landtagswahlen herrscht hier eine auffallende, fast unheimliche Stille. Von konservativer Seite ist noch gar nichts geschehen, der Liberale Verein hat eine Vorbesprechung gehabt, in welcher zur engeren Wahl die Herren Mühlenbesitzer Knopf sen.-Wittenberg, Amtsrichter Gerichter-Schmiedeberg und Senator Gerhardt als Kandidaten aufgestellt wurden. Die beiden letzteren Herren haben aber bereits abgelehnt. Der hiesige Liberale Verein wird nun mit dem in Herzberg zu gemeinschaftlichem Vorgehen Fühlung nehmen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. In einer weiteren Erörterung über das Taaffe'sche Wahlgesetz sagt die „Neue Fr. Pr.": „Graf Taaffe hat auf sein ergrauendes Haar die phrygische Mütze gesetzt und tanzt vor den erstaunten Völkern Oesterreichs die Carmagnole. Die Deutschen in Oesterreich können diese Fröhlichkeit nicht theilen und blicken in ernster Besorgniß und mit der stummen Frage auf ihre Vertreter, ob nicht in letzter Stunde der männliche Entschluß reifen werde, ehrlich, frei und offen mit einer Regierung abzurechnen, deren Hand überall zu spüren ist, wo die Partei bedrängt und die Kraft der deutschen Wähler gebrochen wird. Das allgemeine Stimmrecht ist aus dem Bedürfnisse nach Gleichheit entsprungen, und es ist ein Erbtheil der französischen Revolution, die alle Vorrechte niederriß und jeden Unterschied in den Beziehungen der Bürger zum Staate unterdrückte. Die Vorlage des Grafen Taaffe fälscht dieses Princip, denn sie bedeutet die härteste und schroffste Ungleichheit, sie verstärkt das Privilegium der reichen Grundbesitzer, deren parlamentarische Macht vom sozialen Sturme der Zeit unabhängig bleibt, während die städtische Mittelschichte den Massen ausgeliefert wird. Im ganzen Laufe der Geschichte, soweit die Erinnerung der Menschen an Parlamente reicht, sind wenige Fälle zu verzeichnen, wo sich die Klassenpolitik so ungescheut, fast möchten wir sagen, so naiv hervorwagte. Wenn die Deutschen in Oesterreich eines mächtigen politischen Aufschwunges fähig wären, so müßten sie den Entwurf dieser Wahlreform mit einem Schrei nach Einigkeit und Verbrüderung beantworten. Die Gefahr ist so groß und schwer, daß angesichts dieser drohenden Noth jeder Unterschied in der politischen Richtung verschwinden müßte."

Frankreich. Der Ministerpräsident Dupuy betonte in einer am Donnerstag in Ilesurtet gehaltenen Bankettrede die Nothwendigkeit demokratischer Reformen, namentlich die Altersversorgung der Arbeiter, und sprach sich entschieden gegen das Listenskrutinium aus, welches nur den reaktionären Bestrebungen nützen könne.

Nach einer Meldung der „Politique Colonial" aus Kotonu soll General Dodds Vorbereitungen für eine größere Expedition nördlich von Abomey treffen. König Behanzin unterhalte die Agitation im ganzen Lande bis Whyda und mag besürchte, daß dessen Anhänger nach dem Abmarsche der der Truppen Whyda in Brand stecken würden.

Nach einer Meldung der Blätter aus Madrid scheint die spanische Regierung wegen der am Schlusse des Jahres in den Handelsbeziehungen zu Deutschland eintretenden Aenderung bereit zu sein, auch mit Frankreich betreffs einer Modifikation der Handelsbeziehungen in Unterhandlung zu treten.

Spanien. Der Ministerrath hat den Plan des Kriegsministers, den Bau des Forts Guariach in Marokko zu vollenden, genehmigt.

Argentinien. Nach Meldungen aus Buenos-Ayres stellt das vom Finanzminister Terry dem Kongreß vorgelegte Exposé fest, daß die Produktionsfähigkeit Argentiniens zunehme und verspricht, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

Gerichtsverhandlungen.

Halle, 13. Okt. Die gestrige Schwurgerichtssitzung hatte sich wiederum mit einer umfangreichen Meineidssache zu beschäftigen. Angeklagt waren die Wittwe Emma Meißner geb. Portius aus Stedten bei Schraplau, 53 Jahre alt, aus Laucha gebürtig, sowie deren Kinder, die 21jährige Adeline Meißner und der 20 jähr. Bergmann Louis Meißner aus Stedten. Adeline und Louis Meißner wurden des wissentlichen Meineides bezichtigt, Wittwe Meißner der Anstiftung dazu. Ein anderer Sohn der Wittwe M., Robert M., soll bereits im Mai 1892, als er in Hagenau i. E. als Soldat diente, zu einem von demselben geleisteten Meineide, wofür er bereits rechtskräftig mit Ausstoßung aus dem Heere, 2 Jahren Zuchthaus, 4 Jahren Ehrverlust und dauernder Unfähigkeit, als Zeuge oder Schwurfinger eidlich vernommen zu werden, von der Mutter bestimmt worden sein. Der Schuhmachermstr. Emil Damm in Stedten hatte für Robert und Adeline M. im Jahre 1890 bezw. 1888 je ein Paar Stiefeletten auf Bestellung angefertigt, welche in der Ausführung nicht den Abmachungen entsprochen haben sollten. Damm wohnte s. Zt. bei Meißner's und arbeitete zuweilen für seine Wirthsleute Schuhwaaren, während ihm anderseits etwas Aufwartung besorgt wurde. Als dann später nach Eintritt von Feindseligkeiten zwischen Damm und der Wittwe M. diese wegen Beleidigung Damm's bestraft war, zeigte sie den Schuhmachermstr. Damm bei der Königl. Staatsanwaltschaft in Halle wegen Betrugs bei Anfertigung der oben erwähnten Stiefeletten an. Die vereidigten Lederforten sowohl als auch die für die fertige Waare geforderten Preise wären von Damm einseitig geändert worden, doch ist Damm am 22. Okt. v. Js. in Eisleben vom dortigen Schöffengericht freigesprochen, und hierbei sollen Louis und Adeline Meißner ihre Aussagen wissentlich durch falsche Zeugnisse verletzt haben; sie erklärten aber, in betreff Adeline's Stiefeletten in der Betrugssache nur Richtiges beschworen zu haben, während die Wittwe M. dasselbe von den Aussagen ihres Sohnes Robert behauptete. Die Beweisaufnahme gestaltete sich durch umfängliche Zeugenvernehmung und Verlesen von zahlreichen Akten und Briefen sehr schwierig und langwierig, so daß die Sitzung bis 8 Uhr dauerte. Den Aussagen der Angeklagten entgegen erklärte Damm, daß er sowohl hinsichtlich des Preises wie auch des verwendeten Materials den Verabredungen entsprochen habe, bei Adeline sei übrigens der Preis gar nicht behandelt worden. Andere Zeugen wußten nur vom Hörensagen über die vor 5 bezw. 3 Jahren geschehene Angelegenheit, wobei einzelne Widersprüche vorkamen. Seltsam erschien die Beschaffenheit des Damm'schen Geschäftsbuches; Damm hatte daraus ein Blatt entfernt, auf dem Robert Meißner's Bestellung eingetragen war. Nachträglich hat er das Blatt, das schon zerrissen im Ofen gelegen, wieder eingeklebt, und bezeichnete es als das ursprüngliche Blatt. Das Herausreißen will er im Aerger über die ihm angehängte angebliche Betrugsgeschichte bewirkt haben. Ueber den Leumund der Familie M. konnte nichts Ungünstiges bekundet werden; Frau M.'s Ruf ward als sehr gut geschildert, Louis M. blos als unbedeutender Lärmmacher bezeichnet; Nachtheiliges sei über ihn nicht bekannt. Der Staatsanwalt gelangte in Verbindung mit dem Judicienbeweis zu der Ansicht, die Angeklagten für überführt zu erachten. Eine andere Ansicht brachte der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Dr. Kähne, zum Ausdrucke, welcher zum Schlusse seines Plaidoyers die Ueberzeugung, daß alle drei Angeklagten freigesprochen werden müßten, aussprach. Nach nur viertelstündiger Berathung der Geschworenen erfolgte die Verkündung des Wahrspruchs, auf Verneinung der drei Schuldfragen lautend, worauf die Angeklagten freigesprochen wurden.

S. **Leipzig**, 12. Okt. Der Herausgeber der „Deutschen Städte-Zeitung," Buchdruckereibesitzer Heitmann, wurde wegen Nachdrucks eines aus der Feder des Herrn Dr. Jastrow stammenden Artikels in den „Blättern für soziale Praxis" zu 100 M. Geldstrafe und 200 M. Buße verurtheilt.

Provinzial-Nachrichten.

Eisleben, 12. Okt. Einem Berichte des „Eisl. Tagebl." über die Entwässerungsarbeiten am Salzigen See entnehmen wir die folgenden interessanten Angaben: Die Salzke führt jetzt nach nahezu zweijähriger Unterbrechung wieder Wasser. Dasselbe strömt bei der Kärnnerbrücke aus einer Röhre, welche es von einer am Seenfer gelegenen provisorischen Pumpstation heranführt. Ein kräftiger Pulsometer ist hier thätig, um ansehnliche Wassermassen dem Flüßchen zuzuführen. Das Bett desselben wird auf 1500 m Länge regulirt. Die gegenwärtig thätige Pumpenanlage hat den Zweck, der Zuckerfabrik Langenbogen Gebrauchswasser zu liefern; Trinkwasser wird derselben, wie der Ortschaft selbst, durch die Schraplauer Wasserleitung seitens der Gewerkschaft infolge behördlicher Anordnung zugeführt. Der Ringkanal ist von der Kärnnerbrücke an bis zum Flegelberge vollständig fertiggestellt und seine Böschungen bereits zu ihrer Befestigung mit Grassamen, der unter dem Einflusse der günstigen Witterung fröhlich keimt, angesäet worden. Auf der weitern Strecke des Ufers sind Hunderte von Arbeitern rüstig an der Fertigstellung des Grabens und seiner Dämme, wie auch an der Anlage des wansleber Brandteiches und der Herstellung des Durchlasses für die Gewässer der wansleber Teiche und der teutschenthaler Kohlengruben beschäftigt. Die interessanteste Stelle des Ufers ist und bleibt diejenige, wo die eigentliche Entwässerungs-Anlage hergestellt wird. Die bergmännischen Arbeiten sind vollendet, Schächte und Querschlag ausgehoben und gegenwärtig haben 60 Maurer damit zu thun, Ausmauerungen zu vollenden, Fördergerüst und Zimmerung auszubauen und das Maschinengebäude, sowie das Kesselhaus herzustellen. Gleichzeitig werden bereits die Theile der Pumpen angefahren. Schon liegt die eine Pumpe vollständig in ihren Theilen da, die andere wird in wenigen Tagen ebenfalls angeliefert werden. Sie haben ganz genau gleiche Konstruktion und Dimensionen und sind von der Firma Hantel und Lueg in Düsseldorf geliefert. Die Einrichtung dieser Centrifugalpumpen, der größten, die überhaupt bis jetzt hergestellt wurden, ist von genialer Einfachheit. Die wenigen, aber ungeheuren und kunstvoll gegossenen Theile müssen dem Beschauer Bewunderung für die Entwicklung unseres deutschen Maschinenbauwesens erregen. Aus der 1 m im Lichten haltenden Ausflußöffnung wird jede derselben in der Minute 120 Kubikmeter = 120,000 Liter entströmen lassen. Beide Pumpen werden also in der Sekunde 4 Kubikmeter = 4000 Liter Wasser dem See entziehen. Daß derselbe dann rasch verschwinden muß, ist klar. Schwierige, zum Theil gefährliche Arbeit dürfte noch der Zuleitungsgraben zu dem Saugschachte verursachen. Die Maße desselben sollen nach neueren Plänen bedeutend die früher festgestellten überschreiten. Oede und traurig sieht es im Gebiete des ehemaligen Seebades Oberröblingen aus; jenseits desselben erblickt man die steilen Ränder der „Tenfe." Die Annäherung ist als lebensgefährlich verboten. Weiter nach Westen schließt der See beträchtlich diesseits der sog. Grotte ab. Die gesammte flache Erdeborner Bucht liegt trocken. Dort wo eine gewerkschaftliche provisorische Pumpanlage der Zuckerfabrik Erdeborn das Seewasser zuführt, steigt eine ansehnliche langgestreckte Insel aus der flachen Fluth. Ein neues mäßiges Fallen des Sees wird sie mit dem Lande verbinden. So verkindet alles, trotz des augenblicklichen Stillstandes, das immer näher heranrückende Ende des Salzigen Sees.

M. **Magdeburg**, 12. Okt. Der Stadtverordnete Dr. Rauschе machte über den (gestern schon erwähnten) hier vorgekommenen Cholerafall in der heutigen Stadtverordnetensitzung folgende Mittheilungen: Ein zur Zeit beschäftigungsloser Arbeiter erkrankte vorgestern plötzlich unter Erscheinungen, die sofort auf Cholera schließen ließen. Die bakteriologische Untersuchung hat auch sehr bald das Vorhandensein von Kommabacillen ergeben. Auf welche Weise die Infektion erfolgt ist, hat in keiner Weise festgestellt werden können. Da der Arbeiter ständig hier sich aufgehalten hat, muß auch die Infektion hier erfolgt sein. Ob dieselbe durch das Elbwasser verursacht ist, wie man im Publikum vielfach annimmt, ist sehr fraglich, weil bisher nur dieser eine Fall vorgekommen und auch nicht festgestellt ist, daß der Verstorbene Elbwasser getrunken hat. Ein Grund zur Beunruhigung liegt daher nicht vor.

○ **Wittenberg**, 12. Okt. Der Böttchermeister Franke jun. hier hat eine für Fleischer sehr wichtige Erfindung gemacht. Mit einer sehr einfachen, aber unverwüstlichen Vorrichtung am zusammengesetzten Fleischhackklotz macht er es möglich, daß die einzelnen Stäbe des Klotzes bis auf wenige Zoll herunter gearbeitet werden können, während die sich sonst nach innen ziehenden Standfüße bis zum letzten Augenblick ihre nach außen gerichtete Stellung behalten. — Viel Pech hat der Hefenfabrikant Voiz hier. In der vorigen Woche wurde ihm aus seiner Kommode ein Portemonnaie mit 176 Mark gestohlen; jetzt sind ihm zwei junge Füchse, die er an der Kette hielt, entwischt und machen die Hühnerställe der Nachbarschaft unsicher, während er für den Schaden verantwortlich gemacht wird.

K. **Erfurt**, 12. Okt. Während des Obstmarktes, welcher vom 7. bis 11. d. hier abgehalten wurde, sind 140 Centner Aepfel und Birnen für zusammen 1400 Mark verkauft worden. Es befanden sich Aepfelsorten, wie z. B. Gravensteiner, dabei, für welche pro Centner 15 Mark erzielt wurden. Der Erfurter Kreisobstbauverein ersucht das Publikum, welches nach Probe kaufte, etwaige Klagen behufs nicht genauer Ueberzeugung dem Vereine zugehen zu lassen. — In vergangener Nacht brannten in Dachwig zwei Gehöfte nieder. Heute mittag wurde von hier aus ein Versicherungsbeamter von der betheiligten Versicherungs-Gesellschaft mit Velociped nach Dachwig gesandt. Derselbe nahm eine Brieftaube des Bureauvorstehers mit, befestigte dort einen Zettel, auf dem der Feuerbericht stand, an den Hals derselben und setzte sie in Freiheit. Bereits gegen 4 Uhr nachmittags befand sich die Taube mit der Botschaft wieder in ihrem Schlage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18931013025/fragment/page=0002